

Redebeitrag Andreas Linder

(move on – menschen.rechte Tübingen e.V., Projekt plan.B, info@menschen-rechte-tue.org)

bei der „Menschenkette für Menschenrechte“ am 10.12.2020 in Tübingen

Anmerkung: der Beitrag wurde nicht in voller Länge vor Ort gehalten.

Heute ist der Internationale Tag der Menschenrechte. Warum ist dieser Tag wichtig? Er ist wichtig, weil die Menschenrechte fundamental sind. Die Menschenrechte sind fundamental für ein gutes Zusammenleben der Menschen und für einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und zwar nicht nur für den Zusammenhalt der Deutschen. Die Menschenrechte sind die fundamentale Grundlage für das Zusammenleben aller Menschen auf der ganzen Welt. Ich finde hierbei auch wichtig, dass die Menschenrechte, so wie sie 1948 von der UNO verabschiedet wurden, nicht einfach als die Menschenrechte des kapitalistischen Westens angesehen werden können. Es gibt nur ein paar wenige Staaten auf dieser Welt, die diese Menschenrechtserklärung nicht unterzeichnet haben. Also: Die Menschenrechte sind ein international gültiger Kodex für universell gültige Rechte – und diese Menschenrechte fordern die Gleichbehandlung aller Menschen, egal, welche Hautfarbe sie haben, egal welches Geschlecht sie haben, egal welche Nationalität sie haben, egal ob sie arm oder reich sind. Und das ist nicht bloß eine Utopie, sondern es ist internationales Recht, an das wir uns alle zu halten haben und an das sich vor allem diejenigen, die die regieren, zu halten haben.

Denn wir wissen natürlich, dass es überall auf der Welt einen eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt. Das fängt schon mit dem **ersten Artikel** der Menschenrechtserklärung an, der so ähnlich auch im deutschen Grundgesetz steht: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Wir wissen, dass diese Würde des Menschen antastbar ist und auf vielfache Weise ständig angetastet wird.

Wenn sich die Menschen an den **Artikel 2** der Menschenrechtserklärung halten würden, dann bräuchte es keine weiteren Anti-Diskriminierungsgesetze mehr, dann gäbe es keinen Rassismus, keinen Sexismus und keinen religiösen Fundamentalismus. Aber ich glaube es ist uns allen klar, dass die Menschheit auch im 21. Jahrhundert noch sehr weit davon entfernt ist. Gerade beim Thema Rassismus scheint mir, dass die deutsche Gesellschaft in der Auseinandersetzung um Rassismus schon mal weiter war. Aus meiner Sicht wird von einem Großteil unserer Gesellschaft auch weiterhin überhaupt nicht gesehen, wie viel systemischer und institutioneller Rassismus etwa in der herrschenden Flüchtlingspolitik steckt und damit verbunden im Umgang mit geflüchteten Menschen sowohl an den Außengrenzen als auch in unserer Asylbürokratie und Gesellschaft. Ich glaube auch, dass wir als westliche, demokratische, liberale Gesellschaft und wer weiß welche liebgewonnenen Selbstbezeichnungen wir uns geben, also wie weit wir noch davon entfernt sind, die tief verwurzelte Funktionsweise und Wirkungsweise von Rassismus zu verstehen. Am auffälligsten ist diese Leugnung in meiner Wahrnehmung immer dann, wenn festgestellt wird, dass WIR doch die Guten sind. Ganz wörtlich sagte das etwa der ehemalige Polizeipräsident Pick vor dem versammelten Kreistag in diesem Sommer, als er seine Meinung zu rassistischen Verhaltensweisen in Kreisen der Polizei kundtat. „Wir sind die Guten“. Und was da geschehen ist, sind dann die berühmten Einzelfälle. Und Schwamm drüber.

Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, wie es so eindeutig im **Artikel 3** der Menschenrechtserklärung formuliert ist, treten wir Guten zur Zeit an den europäischen Außengrenzen mit Füßen. Oder wir schauen weg, damit der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit besser auszuhalten ist. Der Anlass für das Bündnis Bleiberecht, vor zwei Jahren eine große Demo am Menschenrechtstag durchzuführen, war die Aussage des gewählten grünen Oberbürgermeisters Boris Palmer, dass die Leute, die Geflüchtete aus dem Meer retten, „Menschenrechtsfundamentalisten“ seien. Diese zynische und widerwärtige Bezeichnung sagt sehr viel über die sehr problematische Haltung zum Thema Menschenrechte dieses in allen Talkshows herumgereichten Oberbürgermeisters aus. In der Zwischenzeit haben sich die Stadt Tübingen und selbst der Landkreis zum Sicheren Hafen erklärt, aber ohne jede praktische Maßnahmen, ein reines Lippenbekenntnis, ein Feigenblatt. Manche haben wohl ein Unbehagen oder ein schlechtes Gewissen, aber das wars dann.

Für den eigenen Vorteil, für den materiellen Reichtum, für die eingebildete eigene Nation, für die Durchsetzung von Machtverhältnissen, sei es in den persönlichen Geschlechterbeziehungen, sei es im angeblichen Kampf der Kulturen oder sei es zum Zweck des wirtschaftlichen Gewinnstrebens, werden die Menschenrechte auch im 21. Jahrhundert permanent missachtet und verachtet. Und deswegen sind wir hier und wollen an die Wichtigkeit und Ernsthaftigkeit der Menschenrechte appellieren.

Ich bin jetzt nur bis zum Artikel 3 der Menschenrechtserklärung gekommen, aber das macht nichts, denn es gibt heute noch einige Redebeiträge, die zu verschiedenen Themen ins Detail gehen werden.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung zum Thema Abschiebungen. Zweierlei scheint mir in den aktuellen Corona-Zeiten als wirklich sicher zu gelten: Erstens: Die Baumärkte bleiben offen, komme, was wolle. (aber mal sehen, was der Jahresendzeitlockdown bringt). Zweitens: Es soll wieder möglichst schnell und wieder in möglichst alle Länder abgeschoben werden.

Es gibt ein Recht auf Würde, es gibt ein Recht auf Leben, es gibt ein Recht auf Gesundheit, es gibt aber kein Menschenrecht auf Abschiebungen. Doch unsere Regierenden tun so, als gäbe es nichts Wichtigeres auf dieser Welt. Gerade ist wieder eine Innenministerkonferenz. Auf der fordert Obergrenzenminister Seehofer, dass jetzt auch wieder nach Syrien abgeschoben werden soll. Im November wollten sie schon wieder einen Sammelabschiebeflieger nach Afghanistan gehen lassen, mitten im Corona-Lockdown. Wir haben hier in Tübingen gegen diese geplante Abschiebung in Corona und Krieg eine Protestaktion veranstaltet, für die sich leider niemand interessiert hat. Ebenfalls im November gab es eine erste EU-weite Sammelabschiebung nach Gambia, über die sich vor allem unser christlicher Innenminister Strobl gefreut hat. Die meisten der Abgeschobenen kamen aus Baden-Württemberg. Am 22. Dezember soll es die nächste dieser Abschiebungen geben. Mitten im Lockdown. Wir sagen: Keine Abschiebung nach Syrien, keine Abschiebung nach Afghanistan, keine Abschiebung nach irgendwo! Schluß mit dieser menschenverachtenden Deportationspolitik!